

Frankreich
geht schwierigen Zeiten
entgegen

Parteienlandschaft im Umbruch

Norbert Wagner

Der Präsident Frankreichs verfügt im eigenen Land über eine Machtfülle wie kaum ein Präsident eines anderen Landes. Unter anderem deswegen wird Frankreich auch als Wahlmonarchie bezeichnet. Am 22. April und 6. Mai 2012 standen wieder Präsidentenwahlen an. Zehn Kandidaten (von extrem links bis extrem rechts) stellten sich im ersten Wahlgang der Wahl. Im zweiten Wahlgang entschied sich, wer in den nächsten fünf Jahren französischer Präsident sein würde.

Amtsinhaber Nicolas Sarkozy lag zu Beginn der heißen Phase des Wahlkampfes abgeschlagen zurück. Die Wahlab-sichten für den zweiten Wahlgang lagen beispielsweise Ende Januar 2012 bei 58 Prozent für Hollande und 42 Prozent für Sarkozy. Alles schien auf den sozialistischen Kandidaten François Hollande hinauszulaufen. Er hatte sich in einer partiointernen Vorwahl zur großen Überraschung gegen eine Reihe von Mitbewerbern durchgesetzt. In einer bei-spiellosen Aufholjagd gelang es Nicolas Sarkozy, das Rennen wieder offen zu gestalten. Beim ersten Wahlgang trennten die beiden weniger als 1,5 Prozentpunkte.

Sarkozys Themen

Schon vor den Attentaten in Montauban und Toulouse hatte Sarkozy die Themen innere Sicherheit und Immigration in den Vordergrund seines Wahlkampfes ge stellt. Die Finanzkrise erklärte er recht voreilig für beendet („La crise grecque

est derrière nous“, 12. März 2012 in Villepinte). Gegen Ende des Wahlkampfes spielte die internationale Finanzkrise indes wieder eine promintere Rolle. Die Sorge über das Wiederaufflammen der Krise in Spanien wuchs. Sarkozy betonte deshalb wieder stärker seine Kompetenz als Manager der Eurokrise, dem im Gegensatz zu Hollande die Finanzmärkte vertrauen. Er forderte eine größere Rolle der Europäischen Zentralbank bei der Förderung des Wirtschaftswachstums. Außerdem verlangte er die zeitweise Aussetzung des Schengen-Abkommens und betonte die Bedeutung der Überwachung der Grenzen.

Hollande bleibt seiner Linie treu

Hollande dagegen hatte von Anfang an die Finanzmärkte zu seinem Hauptfeind erklärt. „Mein Gegner, mein wirklicher Gegner: Er hat keinen Namen, kein Gesicht, keine Partei, er wird niemals für ein Amt kandidieren, er wird deshalb auch nicht gewählt, und trotzdem regiert er. Dieser Gegner, das ist die Welt der Finanzen“, so Hollande bei der Präsentation seines Wahlprogramms. Er weckte die Illusion, Frankreich könne sich von unangenehmen ökonomischen Zwängen abkapseln.

Kritik an seinem Wahlkampfstil, er sei unpräzise und ausweichend, focht ihn nicht an. Er hielt an seinem unaufgeregten Stil fest. Allerdings hätten seine Ausgangsbedingungen im Wahlkampf nicht besser sein können. Sarkozy schien zum Ende seiner Amtszeit „erledigt“.

Medien waren gegen ihn, seine früheren Wähler verärgert. Die Finanzkrise lastete schwer. Frankreich büßte internationale Kreditwürdigkeit ein. Nach siebzehn Jahren mit einem konservativen Präsidenten und nach Niederlagen in einer Reihe von Wahlen sprach vieles für einen politischen Wechsel.

Erster Wahlgang – Ergebnis mit Überraschungen

Ergebnis erster Wahlgang am 22. April 2012

François Hollande (Parti Socialiste, PS)	28,63 Prozent
Nicolas Sarkozy (Union pour un mouvement populaire, UMP)	27,18 Prozent
Marine Le Pen (Front National, FN)	17,90 Prozent
Jean-Luc Mélenchon (Front de gauche, FDG)	11,10 Prozent
François Bayrou (Mouvement démocrate, MoDem)	9,13 Prozent
Eva Joly (Europe Écologie-Les Verts, EELV)	2,31 Prozent
Nicolas Dupont-Aignan (Debout la République, DLR)	1,79 Prozent
Philippe Poutou (Nouveau Parti Anticapitaliste, NPA)	1,15 Prozent
Nathalie Arthaud (Lutte Ouvrière, LO)	0,56 Prozent
Jacques Cheminade (Solidarité et progrès, S&P)	0,25 Prozent

Mit weniger als 1,5 Prozentpunkten Abstand zwischen Hollande und Sarkozy im ersten Wahlgang war die Auseinandersetzung entgegen der Erwartungen vieler doch zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen geworden. Gleichwohl war ungewöhnlich,

dass der Amtsinhaber in der ersten Wahlrunde nur an zweiter Stelle landete.

Die größte Überraschung beinhaltet allerdings das sehr gute Abschneiden von Marine Le Pen. Wieder einmal erzielte ein Kandidat des *Front National* (FN) mehr Stimmen, als dessen Sympathisanten bei den Umfragen vor der Wahl bereit waren zuzugeben. Besorgnisregend ist allerdings, dass rund achtzehn Prozent der Wähler die Parolen von Marine Le Pen unterstützen. Ihr Programm heißt „Austritt aus der EU“, „Austritt aus dem Euro“, „Austritt aus der Globalisierung“, „Stopp der Immigration“ et cetera.

Dagegen schnitt Jean-Luc Mélenchon deutlich schlechter ab als allgemein erwartet. In den Umfragen lag er teils bei über fünfzehn Prozent. Für ihn und seine Anhänger war das Ergebnis eine Enttäuschung. Umfragen zufolge führte er die beste Wahlkampagne. Vor allem aber besetzte Jean-Luc Mélenchon dezidiert linke Themen und bediente damit zum einen die Anhänger der extremen Linken, deren beide Kandidaten nicht über ein bis zwei Prozentpunkte hinauskamen. Jean-Luc Mélenchon konnte wohl auch Wähler gewinnen, denen das Programm und der Wahlkampf von François Hollande nicht „links genug“ waren. So war denn auch François Hollandes Vorschlag einer Einkommensteuer von 75 Prozent für Einkommen über eine Million Euro vor allem gegen das Erstarken von Jean-Luc Mélenchon in den Umfragen gerichtet.

Nimmt man das Ergebnis der beiden Extremkommunisten hinzu, so gibt es in Frankreich neben einem extrem rechten Wählerpotenzial von fast zwanzig Prozent auch ein extrem linkes Wählerpotenzial von knapp fünfzehn Prozent. Ein Drittel der Wählerschaft teilt offenbar die Ansichten von extremen Kandidaten. Während einer Wahlkampfveranstaltung in Toulouse am 5. April 2012 hielten Anhänger von Mélenchon Plakate hoch mit der Aufschrift: „Voter c'est bien,

guillotiner c'est mieux“ („Wählen ist gut, guillotinieren ist besser“). In seinem Wahlprogramm plädiert Jean-Luc Mélenchon gegen eine im Westen verwurzelte Nation und für eine „nation universelle“. François Hollande indes benötigte diese Wähler, um den zweiten Wahlgang zu gewinnen. Er benötigt sie auch bei den noch anstehenden Parlamentswahlen und zur Unterstützung seines Regierungsprogramms. Alain Juppé hält François Hollande für eine Geisel in der Hand von Jean-Luc Mélenchon.

Während François Bayrou im Präsidentenwahlkampf 2007 mit 18,57 Prozent im ersten Wahlgang noch die Rolle des „troisième homme“ und des Züngleins an der Waage hätte spielen können, erreicht er diesmal nur gut neun Prozent, verlor also über die Hälfte seiner Wähler. Vor einigen Wochen war noch über François Bayrou als möglichem Premierminister in einer eventuellen Koalition Sarkozy/Bayrou spekuliert worden. Seine Kampagne „Produire et consommer français“ („französisch produzieren und konsumieren“) verfing nicht. Trotz hoher Sympathiewerte erzielte er nur ein für ihn enttäuschendes Ergebnis. Es genügt eben nicht, beliebt zu sein. Die Wähler müssen auch überzeugt sein von der Fähigkeit, die anstehenden Krisen zu meistern.

Die Karten werden neu gemischt

Das Ergebnis der ersten Runde beinhaltete für beide Seiten, Sarkozy wie Hollande, einen zusätzlichen Motivationsschub. Für das Lager von Hollande, weil der Sieg in der zweiten Runde in greifbare Nähe gerückt war. Für das Lager Sarkozy, weil sein Abschneiden in der ersten Runde besser war als erwartet. Vor allem war der Abstand zu Hollande deutlich geringer als befürchtet. Sarkozy hatte damit noch eine Chance.

Ausschlaggebend für den zweiten Wahlgang war, wie sich die Stimmen der ausgeschiedenen Kandidaten auf

Hollande und Sarkozy aufteilen würden. Mélenchon und Joly hatten bereits am Wahlabend ohne weitere Bedingungen dazu aufgerufen, Hollande zu wählen. Auch die wenigen Wähler von Nathalie Arthaud und Philippe Poutou waren Hollande ebenfalls weitgehend sicher. François Bayrou hatte am Wahlabend erklärt, er werde mit beiden Seiten Gespräche aufnehmen und dann eine Empfehlung abgeben. Kurz vor dem zweiten Wahlgang erklärte er dann, er werde keine Empfehlung abgeben, selbst aber für Hollande votieren.

Infolge des unerwartet guten Abschneidens von Marine Le Pen war das Werben um deren Wähler für Hollande wie für Sarkozy besonders interessant geworden. Sowohl Hollande als auch Sarkozy machten schon am Wahlabend ihren Wählern Avancen. Bei den Le-Pen-Wählern handelt es sich in der Tat zu einem großen Teil um Protestwähler, um enttäuschte Wähler sowohl von rechts als auch von links. Deshalb durften sich beide, Sarkozy und Hollande, Hoffnungen machen, einen Teil der Marine-Le-Pen-Wähler des ersten Wahlgangs zu gewinnen.

Ganz andere Pläne mit diesen Stimmen hatte Marine Le Pen selbst. Schon am Wahlabend erklärte sie, sie werde keinesfalls eine Wahlempfehlung zugunsten von Sarkozy geben, sondern dazu aufrufen, gegen Sarkozy zu stimmen, den sie für die Inkarnation des aktuellen politischen Systems halte. Sie hofft, dass nach einer Niederlage im zweiten Wahlgang das bürgerliche Lager explodiert. Dann sieht sie die Chance gekommen, bei der Neuformierung des bürgerlichen Lagers in Frankreich eine dominierende Rolle zu spielen. Beim „Jeanne-d'Arc-Fest“ des Front National am 1. Mai erklärte sie, sie werde einen weißen Wahlzettel abgeben (Enthaltung), und gab ansonsten ihren Wählern keine Wahlempfehlung.

Frankreich stand am 6. Mai 2012, beim entscheidenden zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen, vor einer klaren Alternative: Fortsetzung der Reformen und Sparanstrengungen mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu verbessern und damit die wirtschaftliche Gesundung voranzutreiben, oder den Versuch zu unternehmen, mit Rezepten der Vergangenheit schmerzhafte Anpassungen hinauszuschieben und sich einzureden, die Reform- und Sparpolitik sei vielmehr Ursache der Krise und daher gerade nicht geeignet zu ihrer Bekämpfung.

Man darf annehmen, dass die Mehrheit der Wähler diese Alternative letztlich ebenso gesehen hat. Und trotzdem haben sie mehrheitlich François Hollande zum nächsten Präsidenten Frankreichs gewählt.

Der zweite Wahlgang am 6. Mai brachte folgendes Ergebnis hervor:

François Hollande	51,62 Prozent
Nicolas Sarkozy	48,38 Prozent
Absolute Differenz	1 131 067 Stimmen bei 2 146 408 ungültigen/weißen Stimmzetteln (<i>votes blancs et nuls</i>)

Dabei mag auch eine Rolle gespielt haben, dass viele Wähler ihre Stimme vor allem gegen Nicolas Sarkozy abgegeben haben und weniger für François Hollande. Insbesondere in den ersten Jahren der Präsidentschaft von Sarkozy hatte sich aus unterschiedlichen teils vorgeschenbenen Gründen eine Aversion gegen Sarkozy aufgebaut. Trotz einer beispiellosen Aufholjagd ist es ihm während des Wahlkampfes nur teilweise gelungen, diese Aversion wieder abzubauen.

Offenbar glaubte die Mehrheit der Wähler nur zu gerne den Versicherungen von François Hollande, die aktuelle Krise in Frankreich und in Europa sei vor allem eine Folge verfehlter Politik der Sarkozy-Jahre. Mithilfe massiver staatlicher Wachstumsinitiativen, will heißen Ausgabenprogrammen, sei die Krise wieder in den Griff zu bekommen. Vermutlich haben die

Art und Ausstrahlung sowie das unaufgeheure Gehabe von François Hollande mehr überzeugt als die Kraft seiner Argumente. Auch die Denunzierung von Sarkozy als „Präsident der Reichen“ hat verfangen.

Ausblendung wirtschaftlicher Realität

Dabei verwundert es allerdings, wie sehr der zukünftige Präsident Frankreichs und offenbar auch seine Wähler die Augen vor der wirtschaftlichen Wirklichkeit des Landes verschließen. Diese Wirklichkeit ist gekennzeichnet von einem Mangel an Wettbewerbsfähigkeit, der sich unter anderem in einem Rekord-Außenhandelsdefizit (siebzig Milliarden Euro) niederschlägt, von zehn Prozent Arbeitslosigkeit, 25 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, einem Anteil der Staatsausgaben am Bruttonsozialprodukt (BSP) von 56,6 Prozent, einem Budgetdefizit von circa 5,5 Prozent des BSP, einem Schuldenstand von knapp neunzig Prozent des BSP. Und Hollandes Rezept zur Bekämpfung der Krise lautet: staatliche Ausgabenprogramme zur Ankurbelung des Wachstums, Einstellung von 60 000 zusätzlichen Lehrern, Erhöhung des Mindestlohns und der „Allocation de rentrée scolaire“ („Zahlung an bedürftige Eltern zu Beginn des Schuljahres“), 150 000 zusätzliche Stellen für Jugendliche, Rückgängigmachung der Erhöhung des Rentenalters von 60 auf 62 Jahre sowie höhere Steuern und Abgaben. Selbst eine Deckelung der Benzinpreise ist vorgesehen. Das Motto heißt „Wachstum und Beschäftigung statt Austerität“.

Wie das alles finanziert werden soll, bleibt offen. Die Einführung einer „Reichensteuer“ (von 75 Prozent bei über einer Million Euro Einkommen) dürfte dafür nicht ausreichen. Gleichwohl will auch Hollande den Staatshaushalt bis zum Jahr 2017 ausgleichen. Es wird nicht gelingen. Die zugrundeliegenden Annahmen, zum Beispiel über das zukünf-

tige Wachstum, sind völlig unrealistisch. Allerdings hat Hollande auch angekündigt, er werde nach seiner Amtsübernahme einen Kassensturz vornehmen. Vielleicht wollte er auf diese Weise seine Ankündigungen unter einen Finanzierungsvorbehalt stellen. Außerdem setzt er große Hoffnung auf Wachstumsimpulse durch von der EU finanzierte Programme (Europäische Investitionsbank, EU-Strukturfonds). Denn er weiß, die französischen Kassen sind leer.

Der Präsident vor einem Dilemma

Entweder steht François Hollande zu seinen Wahlkampfversprechen: Dann wird sich das Land sehr rasch an den ökonomischen Realitäten stoßen. Die „Finanzmärkte“, die er ja zu seinem Hauptfeind erklärt hat, werden schnell auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik des neuen Präsidenten reagieren. Frankreich muss allein im Jahr 2012 180 Milliarden Euro (2013 sogar 200 Milliarden Euro) an staatlichen Krediten refinanzieren. Sollte Frankreich noch ein weiteres „A“ verlieren, werden die Zinsen für diese Anleihen steigen und es rasch teuer werden.

Sehr fraglich ist außerdem, ob Frankreich dann noch einen glaubwürdigen Beitrag zur Stabilisierung des Euroraumes leisten könnte. Seine Forderung nach einer Nachverhandlung des Fiskalpakts geht in die falsche Richtung. „Austerität ist nicht unabwendbar“, „Wachstum und Beschäftigung statt Austerität“, diese beiden Slogans wiederholte Hollande auch am Abend seines Wahlsieges und richtete sie explizit an Deutschland.

Oder aber François Hollande erklärt nach dem Kassensturz seinen Landsleuten, dass an einer rigorosen Sparpolitik mit tief greifenden Strukturreformen nichts vorbeigeht. Damit verprellt er aber seine Wähler und untergräbt seine politische Basis, die sich ohnehin aus einer bunten Mischung zusammensetzt, von links-extrem über kommunistisch bis hin zu

grün, sozialistisch und zentristisch. Mittlerweile riss rund zwei Jahre nach seinem Amtsantritt das wirtschaftspolitische Ruder herum. So viel Zeit wird Hollande nicht vergönnt sein. Am 15. Mai hat Nicolas Sarkozy die Amtsgeschäfte an François Hollande übergeben. Im Anschluss daran benannte Hollande den neuen Premierminister Jean-Marc Ayrault und das Übergangskabinett.

Wahlen zur Assemblée Nationale

Damit ist der Wahlkampf in Frankreich aber noch nicht beendet. Denn am 10. und 17. Juni werden die beiden Runden der Wahlen zur *Assemblée Nationale* abgehalten. Mit dem Rückenwind des Sieges bei den Präsidentenwahlen hofft die vereinigte Linke, auch eine Mehrheit in der *Assemblée Nationale* zu gewinnen. Dabei wird das linke Lager zudem vom Erstarken des Front National profitieren. Denn es wird dazu führen, dass in zahlreichen Wahlkreisen auch ein Kandidat des FN und damit drei Kandidaten in den zweiten Wahlgang gelangen werden. (In den zweiten Wahlgang gelangen die beiden Erstplatzierten und jene Kandidaten, die mindestens 12,5 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten gewonnen haben.) Da eine förmliche Absprache zwischen FN und UMP für solche Wahlkreise undenkbar erscheint, dürften diese *Triangulaires* vor allem zulasten der Kandidaten der UMP gehen und den linken Kandidaten nützen. In der zukünftigen *Assemblée Nationale* dürften auch einige Abgeordnete des FN sitzen.

Die UMP hofft, dass sie im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen mit dem Argument punkten kann, dass die *Assemblée Nationale* mit einer bürgerlichen Mehrheit ein Gegengewicht zum sozialistischen Präsidenten und zur linken Mehrheit im Senat bilden muss.

Die UMP beziehungsweise das bürgerliche Lager in Frankreich stehen vor schwierigen Zeiten. Es ist zu hoffen, dass

eine Explosion oder Implosion verhindert werden kann. Marine Le Pen und wohl auch François Bayrou hoffen auf diese Explosion. Sie wollen auf den Trümmern der UMP jeweils ihre neue zentristische beziehungsweise rechte Partei aufbauen.

Auch innerhalb der UMP ist bereits ein heftiger Kampf um das Erbe der UMP entbrannt. Zumindest bis zu den Parlamentswahlen muss die Geschlossenheit gewahrt werden. Danach dürfte es auf eine Konfrontation zwischen Jean-François Copé und François Fillon hinauslaufen.

Bayrou wird es allerdings nicht mehr gelingen, beim Neuaufbau der Parteienlandschaft noch eine Rolle zu spielen. Mit seiner Unterstützung für Hollande hat er sich zwischen alle Stühle gesetzt. Noch nie hat ein Politiker des Zentrums offen den Präsidentschaftskandidaten der Linken unterstützt. Er muss sogar um sein Mandat für die *Assemblée Nationale* fürchten. Die Sozialisten haben aber schon erklärt, sie wollten sich für das Votum von Bayrou pro Hollande bei den Präsidentenwahlen erkenntlich zeigen und ihn bei den Parlamentswahlen unterstützen.

Der Abstand der Stimmen für Hollande und Sarkozy im zweiten Wahlgang betrug 1,13 Million, die Anzahl der ungültigen Stimmen (*blanc et nul*) dagegen über 2,15 Millionen, im ersten Wahlgang indes nur rund 700 000. Es ist also zu vermuten, dass das Abstimmungsverhalten Marine Le Pens von ihren Wählern auch als Empfehlung interpretiert wurde und damit das Wahlergebnis wesentlich beeinflusst hat. Hollande hat von diesem Wahlverhalten profitiert. Bei der bevorstehenden Parlamentswahl wird das Wahlverhalten der FN-Wähler wiederum eine ausschlaggebende Rolle spielen. Auch wenn erfahrungsgemäß deren Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen geringer ist als bei Präsidentenwahlen. Für die UMP stellt sich damit die drin-

gende Frage, wie sie sich zukünftig gegenüber dem FN verhalten will.

Wohin geht Frankreich?

Aber auch Frankreich insgesamt steht vor schwierigen Zeiten. An der Spitze des Landes steht zukünftig ein Präsident, der noch nie ein Regierungsamt bekleidet hat und der von einer Allianz aus Sozialisten (nicht Sozialdemokraten), wiedererstarkten Kommunisten, geschwächten Grünen sowie Extremkommunisten gewählt wurde. Aber auch einige Wähler des bürgerlichen Lagers haben zum Erfolg von François Hollande beigetragen. Den hochgesteckten Erwartungen seiner Wähler wird er kaum gerecht werden können. Bis zum Abschluss der Parlamentswahlen wird François Hollande an seinem Wahlkampfprogramm zwar keine Abstriche machen. Ob er anschließend eher kompromissbereit sein wird, ist fraglich.

Letztlich geht es nun darum, ob Frankreich versuchen wird, künftig so weiterzumachen wie bisher und damit auf die Ebene der Krisenländer Südeuropas abrutschen wird. Oder ob Frankreich den Weg der Reformen und der größeren Wettbewerbsfähigkeit wählen wird, der alleine das Land aus der gegenwärtigen Krise führen kann. Nach einer Umfrage von Anfang Mai (Ifop/Atlantico) befürchten 62 Prozent der Bevölkerung, dass Frankreich das gleiche Schicksal wie Spanien oder Griechenland ereilen wird.

Nach den Präsidentenwahlen und den Wahlen zu *Assemblée Nationale* wird die Linke in Frankreich alle Ebenen des politischen Lebens dominieren: Élysée, Matignon, Assemblée Nationale, Senat, alle Regionen außer dem Elsass, die Mehrheit der Départements, alle großen Städte mit Ausnahme von Marseille und Bordeaux. Dagegen steht die bürgerlich-konservative Parteienlandschaft vor einem Umbruch. Das ist umso gravierender, als Frankreich eigentlich ein mehrheitlich bürgerlich und konservativ geprägtes Land ist.